

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft  
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft  
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft  
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft  
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft  
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft  
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Nr. 154

Donnerstag, den 5. Juli 1923

18. Jahrgang

### Die nächsten Zukunftsaussichten.

Was wird die nächste Zukunft für das deutsche Volk bringen? Die lange Frage schwebt auf allen Lippen. Je nach persönlicher Stimmung und Charakterveranlagung des Einzelnen wird sie verschieden beantwortet. Die Optimisten bleiben bei ihrem innerlichsteren Glauben an den Sieg der deutschen Sache und sehen zuversichtlich in die nächsten Monate; die Pessimisten prophezeien das baldige Ende des Reiches; noch andere sind unter allen Umständen und Einschränkungen mäßig und gleichgültig geworden und zucken nur stumm die Achseln. Aber Stumpfheit und Gleichgültigkeit ist in schweren Gefahrenzeiten für den einzelnen Menschen wie für eine ganze Nation ebenso gefährlich, wie nachgeben gegen Dagestimmungen und Augenblickeinwirkungen. Klarheit tut not, auch wenn sie unerfreulich sein sollte. Die letzten Tage vor den Schicksalsentscheidungen geben Gelegenheit und Zeit für die Schaffung solcher Klarheit.

Zunächst das knappe Tatsachenmaterial. Das Ein und der zwischen Paris, Brüssel und London geht weiter. Nach Beendigung der belgischen Ministerreise wird Boicore neue Verschleppungsgründe finden. Hinter deren Fadenfingerei er seine Gewaltpolitik an Ruhr und Rhein fortzuführen kann. Schon finden Berliner Blätter an, daß zunächst einmal französisch-belgische Sachverständige mit englischen Sachverständigen zusammenkommen und das ganze Reparationsproblem beraten müssen. Dann erst werde sich Gelegenheit zu fruchtbringenden, abschließenden Verhandlungen zwischen Boicore und Baldwin ergeben. Es ist klar, daß ein solcher Weg wiederum auf Monate jede Entscheidung verzögern müßte. Die englische Regierung ist unter dem Druck der englischen Handelswelt zwar ungeduldig und gereizt, wird aber keine durchgreifenden Taten tun, um die französische Verschleppungspolitik wirksam zu durchkreuzen. Sie wird sich nicht einmal zu getriebenem Verhandeln mit Deutschland entschließen, weil sie auf keinem Fall den Bruch mit Frankreich riskieren kann. So lange dieses überlegene Machtmittel in Händen hat. Die britische Regierung kann also nur immer wieder durch geistliches Bitten und durch moralische Einwirkung auf den hartköpfigen Bundesgenossen weiterzukommen versuchen.

Daraus folgt für Deutschland, daß es sich wohl über Abel weiter mit Gebuld wappnen muß. Baldige Entscheidungen sind im höchsten Grade unwahrscheinlich. Deutschland selbst kann sie nicht herbeiführen. Sein einziges Machtmittel ist und bleibt die passive Weisheit. Planloser Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand vermehrt nur die Qualen der übermenschlich gezeichneten Frontkämpfer an Ruhr und Rhein. Aber der passive Widerstand hat sich auch bereits als sehr wirksam erwiesen. Theoretisch ist also nicht der mindeste Grund vorhanden, ihn abzuschaffen oder gar einzustellen. Frächtige Gebotungen drohen noch weniger für eine solche Selbstmordaktion. Gewiß sind die Brutalitäten und Grausamkeiten der Franzosen und Belgier nicht ohne Wirkung auf die unsagbar gemalte Bevölkerung in den besetzten Gebieten geblieben. Aber diese Wirkung war nicht die Herbeiführung einer Verweilungsstimmung und Geneigtheit zum Rückgeben, sondern sie hat das „Nein“ nur verstärkt und den Willen zum Widerstand nur immer mehr neu angestachelt. Die Standgebungen der letzten Tage von Weiden und Ruhr aus allen Parteien und Berufsgruppen legen ganz einmütig und eindeutig Zeugnis hierfür ab. Je ungeheurer die blutigen und unblutigen Opfer der letzten Monate gewesen sind, umso fester ist der Entschluß geworden, daß sie nicht vergeblich dargebracht sein sollen. Mit einem baldigen Zusammenbruch der letzten Haltung der deutschen Bevölkerung rechnen nur die Franzosen und Belgier, niemand in Deutschland.

Aus diesen Tatsachen muß sich die Antwort auf die Frage nach den nächsten Zukunftsaussichten aufbauen.

England will aus selbstmäßigen, wirtschaftlichen Gründen unter allen Umständen möglichst bald geordnetes Europa auf dem Kontinent haben. Da es der französischen Gewaltpolitik keine eigene entgegenzusetzen kann und will, bleibt ihm nur übrig, durch weitgehende Opfer den französischen Wünschen entgegenzukommen. Es werden politische und finanzielle Opfer sein müssen; aber sie werden diesmal wenigstens nicht wie früher unter Bloch Georges glorreichen Führung allein auf Deutschlands Kosten gebracht werden können. Das ist England zu solchen opferwilligen Schritten bereit, es ist. Es liegt ebenso sehr in seinem, wie in Deutschlands Interesse, daß es man schnell und entschieden handelt.

Man ist immer noch viel mehr dabei als gewöhnlich bei dem Beständigangehen des Widerstandes untereinander. Aber eine kann es und muß es sein, auch seinerseits zur Überwindung der Schwierigkeiten

aus; es muß in diesen Wäldern und letzten Notensituation alle Kräfte im eigenen Volk zusammenschließen und fest zusammenhalten um seine einzige Waffe, den passiven Widerstand, hart und wirksam zu erhalten. Politische Rücksichten haben für die nächste Zeit keinerlei Daseinsberechtigung. Wirtschaftliche Sonderinteressen müssen restlos zurücktreten hinter die Erfordernisse des Gemeinwohls. Streitigkeiten über Klagen oder Schäden eines Gesetzes, einer einschneidenden Regierungsmahnahme können nur zu leicht die Geschlossenheit und Festigkeit der passiven Weisheit schädigen und sind deshalb zu vermeiden. Lohn- und Gehaltsbewegungen müssen durch verständiges Zusammenarbeiten aller beteiligten Kreise unter gegenseitiger Opferwilligkeit konfliktlos durchgeführt werden. Besetztes und unbesetztes Gebiet haben einträchtiger als je zusammenzuarbeiten um die Kampffront moralisch, wirtschaftlich und finanziell zu stärken.

Wenn das geschieht, so kann allen Steigerungen feindlicher Gewaltpolitik zum Trotz der deutsche Widerstand noch so lange aufrecht erhalten werden, bis die Entscheidungen gefallen sind, die über Deutschlands Zukunft bestimmen. Zum Bestimmung ist zur Zeit ebensowenig Grund vorhanden, wie zum Optimismus. Der Glaube an die Lebenskraft der deutschen Nation wird schließlich doch ruhe behalten.

### Verhandlungen und Standpunkte.

#### Der deutsche Botschafter bei Casparri.

Der deutsche Botschafter beim Vatikan, v. Bergen hat beim Kardinalstaatssekretär Casparri vorgebeugt. Sein Besuch fand in Zusammenhang mit dem Telegramm an den Kardinalstaatssekretär, das wir gestern abdruckten. — Zweckmäßig enthält die folgende, aus offiziellen Kreisen des Vatikan der Agentur Bolza übermittelte Erklärung über die Tragweite des Telegramms Casparri einen Teil dessen, was dem deutschen Botschafter durch den Kardinalstaatssekretär erwidert worden ist. Das Kommissariat lautet:

Es wäre ein Irrtum, wenn man die Monsignore Casparri übermittelte Instruktionen so auslegen wollte als enthielten sie eine Beurteilung des passiven Widerstandes überhaupt. Der Papst hat nicht beabsichtigt sich darüber zu äußern, genau so wenig, wie er mit dem Briefe an Casparri beabsichtigt, die Weisung der Ruhr zu beurteilen und die Franzosen zum Rückzug der Truppen aufzufordern. Mit beiden Dokumenten hat der Papst vielmehr die Wälder ermuntern wollen, einen Weg der Verständigung zu suchen. Das Telegramm an Casparri bezog sich ausschließlich auf solche Handlungen die bereits von der deutschen Regierung als verbotlich bezeichnet worden sind.

Die „Globe“ schreibt: Vielleicht wird Deutschland das Telegramm Casparri an den Kardinalstaatssekretär als Antwort, daß es den heiligen Stuhl ernstlich Schlichter zu sein über die Dinge, die an der Ruhr durch die Franzosen oder durch die Deutschen verurteilt werden. Und Herr Somarr, dieser mittelmäßige Akademiere, könnte ein solches Schlichtergericht nicht ablehnen, da er der erste gewesen ist, der es selbst gefordert hat. Hebrigens stellt auch die „Idea Nazionale“ fest, das Telegramm an Casparri sei ein Schritt, der eine Erwiderung von Berlin fordere.

#### Casparri beim Reichskanzler.

Der päpstliche Kardinalstaatssekretär Casparri hat dem Reichskanzler einen Besuch ab. Es fand eine erste kurze Aussprache statt. Eine zweite Aussprache wird folgen nach deren Abschluß eine offizielle Mitteilung über das Ergebnis zu erwarten ist.

#### Frankreich-belgischer Druck auf den Vatikan?

In politischen Kreisen wird die Auffassung, daß der Papst zum Teil einer höheren französisch-belgischen Prestige nachgegeben habe, geteilt. Man meint, Somarr habe zu verstehen gegeben, die französische Regierung werde kein Einverständnis mit dem Vatikan abschließen können, wenn nicht der für Frankreich unangenehme Eindruck des päpstlichen Schreibens verhört und der öffentlichen Meinung Frankreichs gerecht werde. Daraus, heißt es, habe sich der Papst bereit erklärt, seine Beurteilung gewalttätiger Ausschreitungen bei der Abwehr der französischen Invasion auszusprechen. Es wird aber betont, daß es sich von Seiten der Kurie nur um einen Ausdrucksakt handele, der es darauf ankomme, in den Verbänden der Weisheit über Parteimäßigkeiten abzusprechen.

#### Der französische Standpunkt.

Es verlautet, daß die Unterzeichnung möglichen Verbündeten und dem französischen Botschafter nur einen allgemeinen Charakter habe und im eigentlichen Sinne

eine Antwort auf den englischen Fragebogen nicht dargelegt habe. St. Maurice scheint etwa folgendes aber den französischen Standpunkt dargelegt zu haben: Wenn man sowohl die Reparationsfrage als auch die Frage der interalliierten Schulden und die Frage des Ruhrgebietes behandeln will, dann wird wohl ziemlich lange Zeit vergehen, bevor in einer diplomatischen Exzerzier die beiden verschiedenen Standpunkte von der französischen und der englischen Seite einander genähert werden können. Frankreich ist jedoch bereit, in eine derartige Aussprache einzutreten und meint auch andererseits, daß man wohl die notwendige Zeit hierfür aufwenden kann. Frankreich ist nicht der Ansicht, daß die Wirtschaftskatastrophe für Deutschland so unmittelbar bevorsteht, daß eine weitere Ausdehnung der Verhandlungen für die Gesamtlage Europas gefährlich werden könnte. Wenn dagegen England sich damit begnügen will, Deutschland eine Antwort zugehen zu lassen, in der im Anfang gesagt wird, es müßte seinen passiven Widerstand einstellen, dann ist Frankreich gern bereit, umgehend schriftlich die Bestimmungen über eine Kapitalisation Deutschlands zu formulieren. Dagegen weigert sich Frankreich, irgendeinen Rückhandel mit Deutschland abzuschließen und durch eine Verzögerung seiner Rechte ein Aufheben der Sabotageakte zu erreichen.

Das Hauptergebnis der Verhandlungen müßte darin bestehen zu haben, daß man nunmehr allgemein in politischen Kreisen voraussetzt, daß die französische Regierung in absehbarer Zeit eine schriftliche Antwort an London zu senden bereit sein dürfte. Die Unterhaltung ist also nicht als eine abschließende diplomatische Aktion anzusehen, sondern eher als ein Mittel in der Reihe der diplomatischen Aussprachen zwischen London und Paris, die schon seit einiger Zeit im Gange sind.

#### Der „Temps“ befürchtet englische Hintergedanken.

Der „Temps“ bringt zum Ausdruck, daß die Meinungen der Reuterbüros (vergl. gestrige Nummer des N. Z. Seite 2) kaum als ein wirkliches Element der Absichten, die der „Observer“ und andere englische Blätter der Regierung aufschreiben, anzusehen sind. Der „Temps“ meint, das Reuterbüro habe sich endlich nach 33 Stunden durch die Erprobungen des „Observer“ bewegen lassen, eine offizielle Berichtigung zu veröffentlichen. Soweit man es beurteilen könne, hätten diejenigen, die diese Note inskribierten, die wirkliche Absicht gehabt den äußeren Schein milder zu gestalten, aber unweilich auf den festen Willen, an den Tatsachen nichts zu ändern. Das Londoner Kabinett müßte sich absetzen und nur die brutale und abstoßende Form des Vorgehens, die ein Teil der englischen Presse den Absichten der englischen Regierung zugeschrieben habe. Aber über diese Presseäußerungen könne man sich nur freuen. Die diplomatischen Verhandlungen können sich hierdurch nur einfacher gestalten. Aber, so schreibt der „Temps“, wir suchen sowohl in der Reuter-Nachricht, wie auch in jeder anderen offiziellen oder offiziellen Manifestation der englischen Gesandten ein Zeichen, das uns gestatten würde, zu glauben, daß der „Observer“ und die übrigen englischen Blätter sich über den Kern der Lage getäuscht haben. Es scheint in diesem Falle, daß die englische Regierung sich wohl vorbehält, im Falle einer andauernden Unfreundlichkeit mit der französischen Regierung eine diplomatische Aktion zu unternehmen, die zu einer englisch-deutschen Entente unter Ausschluß Frankreichs führt. Es scheint uns das Wesentlichste der Besprechung zu sein, daß England tatsächlich diesen Hintergedanken hat. Würde es sich um eine Schwärzerei gegen Frankreich handeln und könnte man ruhig abwarten, dann würde eine Demarche vielleicht sogar eine diplomatische Entschlingung herbeiführen können. Aber die augenblickliche Situation ist zu einem verzerrten Zeitvertreib nicht geeignet. Frankreich ist mit erheblichen Schulden belastet. England teilt mit, daß es 1 200 000 Arbeitslose hat und Deutschland erklärt, daß es dem Widerstand entgegenstehe. Man muß also die Zukunft ernst beurteilen.

#### Was Belgien will.

Das Brüssel wird gemeldet, daß das Kabinett Thurnis sich dem Parlament vorgestellt hat. Das außenpolitische Programm des Kabinetts wird in folgender Weise formuliert:

Aufrechterhaltung der wertvollen Freundschaftsverhältnisse, Anwendung aller notwendigen Mittel zur Erlangung der Belgien geschuldeten Reparationszahlungen. Es heißt dann weiter, das Kabinett werde bei Ausführung des Versailles Friedensvertrages, die Rechte und Interessen Belgiens mit ebensolcher Ehrlichkeit wie Festigkeit wahren. Die Regierung werde die Subvention fortsetzen, die Belgien Erfüllung seiner Forderungen erlangt hat, und beharrlich in ihren Verhandlungen fortsetzen, um unter den Verbündeten eine Verständigung zu erzielen, durch welche die endgültige Lösung der für Belgien lebenswichtigen Reparationsfrage beschlossen wird.